



## Antrag

der Fraktionen **CDU, Bündnis90/Grünen und FDP**

### **Altersvorsorge verbessern - Altersarmut bekämpfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich mit einer Bundesratsinitiative zur Bekämpfung von Altersarmut dafür einzusetzen, dass

1. die vollständige Anrechnung von gesetzlicher, privater und betrieblicher Altersvorsorge auf die Grundsicherung abgeschafft wird.
2. die 2004 eingeführte Belastung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge mit dem vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag überprüft wird.
3. eine anwenderfreundliche Umsetzung eines digitalen individuellen Vorsorgekontos geprüft wird, auf den alle jederzeit die Summen ihrer eigenen gesetzlichen, betrieblichen und privaten Vorsorgeansprüche einsehen können.
4. die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente abgeschafft werden.
5. eine höhere Wahlfreiheit beim Renteneintrittsalter ermöglicht wird.

Begründung:

Laut Tätigkeitsbericht 2016 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, erhalten in Schleswig-Holstein ca. 40.000 Personen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Das bedeutet: Die derzeitige Rechtslage sieht vor, dass jene Personen, die Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung und in die private Altersvorsorge gezahlt haben, mit Personen, die keine Rentenbeiträge gezahlt haben, leistungsrechtlich gleich gestellt sind. Das ist nicht gerecht. Um dieser Ungerechtigkeit zu begegnen, wollen wir die vollständige Anrechnung der gesetzlichen, privaten und betrieblichen Altersvorsorge auf die Grundsicherung abschaffen.

Werner Kalinka  
und Fraktion

Marret Bohn  
und Fraktion

Dennys Bornhöft  
und Fraktion